

WER WILL SCHON MAINSTREAM SEIN?

WARUM GENDER MAINSTREAMING KEIN WIRKSAMER ANSATZ IST, UM DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DES GESCHLECHTS ZU BEKÄMPFEN

Gender Mainstreaming (GM) ist in aller Munde bzw. Richtlinien, was sich jedoch genau dahinter verbirgt, ist häufig unklar. Doch das Konzept beweist einmal wieder, dass gut gemeint das Gegenteil von gut ist, denn zu oft untergräbt GM „traditionelle“ Gleichstellungspolitik und dient öffentlichen Stellen als Feigenblatt, anstatt zur radikalen Bekämpfung der Ursachen von Diskriminierung beizutragen.

Die meisten Unis schreiben es sich auf die Fahnen, staatliche Einrichtungen wie Ministerien und Behörden auch, und die Europäische Union (EU) ist Vorreiterin beim Thema Gender Mainstreaming. Was genau sich hinter diesem anscheinend nicht übersetzbaren Begriff verbirgt, ist aber eher schlicht: Es ist ein Auftrag an die Führungsebene von Organisationen, Institutionen und der öffentlichen Hand, bei jeder Entscheidung zu untersuchen, welche Auswirkungen diese auf die Gleichstellung von Frauen* und Männern* hat und gegebenenfalls Maßnahmen zur Gleichstellung zu ergreifen. Es handelt sich also nicht um eine genaue Handlungsanweisung oder gar Zielsetzung, sondern um eine Methode.

Ein einfaches Beispiel ist eine Kommune, die die Erhöhung der Kindergartengebühren plant. Eine GM-Untersuchung könnte zu dem Ergebnis kommen, dass die Erhöhung Frauen* härter treffen würde als Männer*: Denn Alleinerziehende sind auf Kindergartenplätze besonders angewiesen, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können und ein Großteil der Alleinerziehenden ist weiblich*. Außerdem verdienen Frauen* immer noch weniger als Männer*. Daher bekommt in (heterosexuellen) Partnerschaften die Entscheidung zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung zu Hause für die Frau* einen anderen finanziellen Anreiz, wenn der Kindergarten ähnlich viel (oder sogar mehr) kostet, als sie verdienen würde.

Gender auf dem Marsch durch die Institutionen

GM wurde 1995 auf der 4. United Nations-Weltfrauen*konferenz in Peking breit diskutiert und ist seit Ende der 90er Jahre die offizielle Form der Gleichstellungspolitik der EU. Gerade diese fördert GM regelrecht aggressiv, und seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 ist GM durch eine verbindliche Richtlinie Ziel der EU-Politik. In Deutschland ist GM in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien in Art. 2 festgeschrieben, d.h. alle Ministerien haben GM bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen. GM ist damit das juristische Gleichstellung-Instrument in Deutschland und der EU. Dies ist insofern zu begrüßen, als dass Gleichstellungspolitik nun nicht mehr allein Aufgabe des Ministeriums für „Frauen und

Gedöns“¹ ist, sondern eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe.

Ein Aspekt des GM ist z.B. das sogenannte Gender Budgeting, bei dem es um eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik geht. Dies macht Sinn, denn bereits bei der Haushaltsaufstellung werden politische Festsetzungen getroffen und spätere Sachzwänge geschaffen, die den Rahmen für inhaltliche Entscheidungen begrenzen. Angesichts der ungleichen Verteilung verschiedenster Ressourcen ist der Kampf um Gleichstellung auf breiter Front auch von Seiten des Staates theoretisch eine erfreuliche Entwicklung. Doch bei der praktischen Umsetzung gibt es insbesondere zwei Probleme: Einerseits greift GM nicht die grundsätzliche Kategorisierung aller Menschen als „Frauen“ und „Männer“ mit je unterschiedlichen Bedürfnissen an. Deshalb tragen „GM-überprüfte“ Maßnahmen häufig dazu bei, dass bestimmte Geschlechterrollen festgeschrieben werden. Durch die Unbestimmtheit von GM und die Monopol-Stellung, die GM inzwischen z.B. in staatlichen Institutionen im Bereich der Gleichstellungspolitik hat, gerät andererseits oft das eigentliche Ziel aus dem Blick – oder es wird sogar vorsätzlich ignoriert. Stattdessen werden lange GM-Checklisten abgehakt und am Ende stagniert die Innovation auf dem Niveau übelster Stammtischklischees.

Gender auf dem Reißbrett

Ein Bereich, in dem GM erprobt und mittlerweile in § 1 VI Nr. 3 Baugesetzbuch fest verankert wurde, ist das Planungsrecht: Dazu gehören sowohl konkrete Bauvorhaben, wie Umgehungsstraßen oder Mehrzweckhallen, als auch strukturelle Planungsvorgaben wie die Ausweisung beispielsweise von Naturschutzgebieten in Raumnutzungsplänen. Oft als neutrale Verwaltung von öffentlichem Raum fehlgedeutet, handelt es sich hier um hochpolitische Entscheidungen, in denen gesellschaftliche Machtverhältnisse umso wirkmächtiger sind, desto subtiler sie bleiben.

Anknüpfungspunkt für feministische Planungskritik war das Leitbild der funktionellen Stadt: Ein kultureller Stadtkern samt Einkaufsmöglichkeiten und Verwaltungseinrichtungen, umschlossen von einem Gürtel mit klar voneinander getrennten Wohn- und Erholungs- sowie Gewerbe- und Industriegebieten, die durch Verkehrswege miteinander verbunden sind. Im klassischen Familienbild funktioniert eine solche Trennung zwar für den Familienernährer, der morgens zur Arbeit ins Gewerbe- und Industriegebiet fährt, um sich nach Feierabend im Stadtzentrum oder zu Hause zu erholen. Für die im traditionellen Familienbild vorgesehene Hausfrau und Mutter

¹ So der damalige Kanzlerkandidat Gerhard Schröder 1998 über das Ressort des zuständigen Bundesministeriums.

scheitert die funktionale Trennung jedoch daran, dass ihr Zuhause sowohl Wohn- als auch Arbeitsort für sie ist und dass Supermarkt und Kindergarten schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind, weil diese meist radial auf ein Zentrum ausgerichtet sind. Hinzu kommt, dass vor allem ältere Frauen* weniger (auto)mobil sind – sei es, weil sie sich keinen (Zweit-)Wagen leisten können, sei es, weil



Foto: Casey Hugelfink / CC-Lizenz: by-sa

keinen Führerschein oder wenig Fahrpraxis haben.

Diese funktionelle Einteilung des öffentlichen Raums ist an den Bedürfnissen männlicher, autofahrender, gesunder*, in Vollzeit Erwerbstätiger mittleren Alters und mittleren bis gehobenen Vermögens ausgerichtet, deren Perspektive in Politik und Planungsbüros überrepräsentiert ist. Für Hausfrauen und Mütter mit (kleinen) Kindern bedeutet diese Trennung nach Funktionsbereichen längere Wege, schlechtere Erholungsmöglichkeiten und weniger (Frei-)Raum. Die von ihnen zurückzulegenden Wege sind mit einem (Teilzeit-)Job kaum vereinbar. Auf diese Weise bleibt vielen Müttern nichts anderes übrig, als wohnortnahe Arbeitsgelegenheiten anzunehmen, für die sie eigentlich überqualifiziert sind.

Neue Pläne, alte Hierarchien

Um diesen patriarchalen Ausprägungen entgegenzuwirken, wurde GM im Planungsprozess etabliert, indem genderrelevante Aspekte explizit berücksichtigt werden. Dies geschieht zum einen durch Beteiligungsverfahren, wie die gezielte Anhörung weiblicher Zielgruppen, und zum anderen durch die Hinzuziehung von Gender-Expertise beispielsweise von Frauen- oder Genderbeauftragten. In der Praxis sieht das häufig so aus, dass Geschlechter gegeneinander ausgespielt werden: Die bessere Straßenbeleuchtung wird als frauen*politische Errungenschaft dargestellt, weil Frauen* doch immer so viel Angst im Dunklen haben. Dabei ist es wohl für alle Geschlechter vorteil-

haft, auf Grund guter Beleuchtung das Schlagloch in der Straße zu sehen, bevor der Vorderreifen des Fahrrads drin feststeckt. Jede einzelne realpolitische Entscheidung wirkt sich auf die unterschiedlichsten Gesellschaftsbereiche aus und beeinflusst unzählige Einzelschicksale, sodass der Effekt für ein einzelnes Geschlecht schlicht nicht berechenbar ist. Zudem werden Geschlechterstereotype durch GM selten überwunden, sondern eher zementiert: Das Leitbild der vermeintlich weiblichen Interessen ist die verheiratete, junge, nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätige Mutter kleiner Kinder. Weibliche Lebensentwürfe außerhalb der monogamen, zweigeschlechtlichen Heteromatrix können auf diese Weise nicht berücksichtigt werden – queere Selbstverortungen schon gar nicht. Schließlich werden im Namen vorgeblich weiblicher oder genderrelevanter Interessen ordnungspolitische Repressalien durchgedrückt, die sich häufig gegen prekarierte oder rassifizierte Männer* richten und auch zum Nachteil von marginalisierten und illegalisierten Personen aller Geschlechter, wie Wohnungslosen, Drogenkonsumierenden, Personen ohne Papiere, Transmenschen oder Sexarbeiter_innen, auswirken.

Vom schlechten Beispiel...

So werden vorgeblich zur Vermeidung sogenannter Angsträume öffentliche Orte videoüberwacht oder vermeintlich aus Gründen des Jugendschutzes Sperrbezirke errichtet. Die Trennung sanitärer Anlagen in Räume für Menschen mit Hosen und Menschen mit Röcken vermag sexualisierte Übergriffe nicht wirksam zu verhindern, grenzt aber queere, inter- und transidentitäre Personen aus. So unterstützenswert und leider notwendig die Einrichtung von Frauen*parkplätzen, Frauen*taxen und besseren Beleuchtungsanlagen ist, so problematisch ist die damit einhergehende Verdeckung des eigentlichen Problems: Nicht die U-Bahn-Stationen, Unterführungen und Parkhäuser sind gefährlich, sondern die (überwiegend männlich sozialisierten) Menschen, die dort Gewalt ausüben. Eine Umplanung dieser öffentlichen Orte verlagert das eigentliche Problem dorthin, wo vor allem weibliche und junge Menschen nach wie vor am häufigsten von sexualisierter Gewalt und Häuslicher Gewalt betroffenen sind: In ihr persönliches Lebensumfeld. Videoaufzeichnungen von Gewalttaten erleichtern allein den Ermittlungsbehörden die nachträgliche Strafverfolgung und Beweiserhebung. Sie können geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen und präventiv einschüchternd wirken sie vor allem gegen diejenigen, die im öffentlichen Raum ohnehin verdrängt werden.

Dies zeigt, dass GM auf alles andere als emanzipatorische Weisen genutzt werden kann und je nach Anwendung Diskriminierung sogar noch verstärkt. Schließlich ist gender meist mit anderen Faktoren wie class und race verschränkt. Wird dies nicht beachtet, projiziert GM Stereotypen und nutzt vor allem weißen, gut ausgebildeten Frauen* aus der Mittelschicht.

...zum grundsätzlichen Problem

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass GM keine konkreten Ziele oder Aufgaben enthält. Stattdessen ist GM ein Verfahren zur Erreichung geschlechterpolitischer Zielsetzungen. Das heißt, dass GM an sich nur eine leere Hülle ist, die mit Inhalten gefüllt werden muss. Dies

hat zwei Auswirkungen: Zum einen kann das Füllen mit Inhalten fehlen, z.B. wenn GM als bürokratisiertes Verfahren genutzt wird, bei dem es nur darum geht, irgendwelchen Vorgaben „aus Brüssel“ etc. zu entsprechen. Ein Beispiel dafür ist, wenn bei einer „Wirtschaftsförderungsmaßnahme“ in Hannover als GM-Ziel formuliert wird „Die Region und die Landeshauptstadt Hannover erkennen die Potentiale hoch qualifizierter Frauen und gestalten den Standort Hannover für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv.“² Auch wenn es für Bewohnerinnen* Hannovers beruhigend ist, zu wissen, dass dort erkannt wurde, dass Frauen* hoch qualifiziert sein können und damit Männern* intellektuell nicht unterlegen sein müssen, führt diese Feststellung an sich keinen Millimeter in Richtung Gleichstellung.

Zum anderen braucht der Inhalt von GM selbst nicht unbedingt fortschrittlich sein. Um die Auswirkungen einer Maßnahme auf Frauen* und Männer* überprüfen zu können, muss erst einmal die Ausgangslage festgestellt werden. Und schon daran scheitert es oft. Eine einfache Methode ist das Zählen von Frauen* und Männern* in bestimmten Positionen. Sollte sich dabei eine quantitative Differenz ergeben, muss diese interpretiert werden. Die Interpretation kann allerdings auch lauten: „Frauen haben einfach keine Lust, Ingenieurinnen zu werden und sind deswegen an dieser Uni unterrepräsentiert.“ Und Situationen wie das oben geschilderte Kindergartengebührenbeispiel werden schon gar nicht erfasst. Zwar ist die Grundidee von GM, die Strukturen und Mechanismen zu identifizieren, die zu genderspezifischen Lebensrealitäten führen. Dies erfordert allerdings mehr Wissen und Analyse als die meisten Organisationen und Strukturen, die mit der Umsetzung von GM beauftragt sind, leisten können.

Ein viel grundsätzlicheres Problem ist jedoch die oben bereits angesprochene inhärente Heteronormativität, die GM enthält. Denn gender wird meist doch als „Frauen und Männer“ verstanden.

Gut gemeint und schlecht gemacht

Grade weil GM so weit verbreitet ist, haben die oben beschriebenen Probleme weit größere Auswirkungen, als es auf den ersten Blick scheint: Sowohl die Vereinten Nationen, als auch die EU haben positive action durch GM ersetzt. Anstatt direkter Frauen*förderung gibt es nun also den Papiertiger GM. Die vergleichsweise schnelle Verbreitung von GM ist einfach zu erklären: GM kostet nichts. Spezielle Frauen*förderungsbudgets konnten durch die Umstellung auf GM massiv gekürzt werden. Und insbesondere innerhalb der EU-Bürokratie wird GM für andere Ziele als tatsächliche Gleichstellung benutzt und hat damit die Gleichstellungspolitik der EU geschwächt.

GM ist alles andere als radikal, sondern versucht nur, den Status Quo angenehmer zu gestalten. Als top down-Prinzip ist es antiemanzipatorisch und lenkt vom eigentlichen Problem ab, nämlich dem weiterbestehenden patriarchalen, heteronormativen System, in dem Frauen* diskriminiert werden.

Lea Boos hat in Marburg Jura und Gender Studies studiert, Katharina Günther hat in Hamburg Jura und in London International Public Policy studiert.

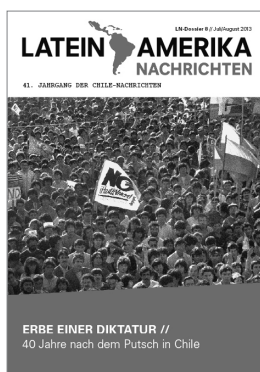
Weiterführende Literatur:

Ruth Becker, Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum, in: Becker / Kortendiek, Handbuch für Frauen- und Geschlechterforschung, 2004, 806.

² [https://e-government.hannover-stadt.de/lhhSIMwebdd.nsf/CD2E17980CC9C812C125730C003FD896/\\$FILE/1060-2007-N1_Anlage3.pdf](https://e-government.hannover-stadt.de/lhhSIMwebdd.nsf/CD2E17980CC9C812C125730C003FD896/$FILE/1060-2007-N1_Anlage3.pdf) (Stand: 10.09.2013).

Anzeige

Die aktuellen Dossiers in den Sommerausgaben 2013 der *Lateinamerika Nachrichten*



ERBE EINER DIKTATUR //
40 Jahre nach dem Putsch in Chile

// LN 469/470
(Juli/August)



IM SCHATTEN DER SPIELE //
Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien

// LN 471/472
(September/Oktober)

PROBEABO

// 3 Monate lesen für 10 Euro
// endet automatisch

Lateinamerika Nachrichten // Die Monatszeitschrift
Gneisenaustr. 2a // 10961 Berlin // Tel: 030 694 6100
abo@LN-Berlin.de // www.lateinamerika-nachrichten.de

